STEIRISCHE
Volksstimme

Ausgabe 3, November 2026

www.kpoe-steiermark.at

Periodisches Infoblatt der steirischen KPÖ

Große Teuerung, weniger Unterstützung

Seite 2 - 3



Marianne Schickhofer geht beim Anblick der Herzerlstraße auf der Südsteirischen Weinstraße selbst jedes Mal das „Herzerl" auf.
Siehe Fotowettbewerb Seite 11.

Kinderrechte endlich umsetzen!

Gemeinsam mit Kinderland richtet die KPÖ eine Petition an den Nationalrat, um **ALLE** Kinderrechte in der Verfassung zu verankern. Unterstützen Sie bitte diese Petition: **QR-Code scannen oder https://tinyurl.com/njdctckf**



Blau-schwarzer Kürzungskurs:

Musikschulen, Spitäler, Sportvereine und soziale Einrichtungen: Kaum ein Bereich bleibt von blau-schwarzen Kürzungen verschont. Alexander Melinz spricht darüber, welche Folgen diese Einschnitte für die Menschen in der Steiermark haben.

ZITIERT

Die Kommunisten schaffen (...) eines: Sie vermitteln ihren Wählern das Gefühl von Stolz. Sie sprechen von den Pflegekräften und Pädagoginnen, den Busfahrern und Verkäuferinnen, die den Alltag ‚am Laufen halten'. Und wer strauchelt, der soll aufgefangen und nicht als „Sozialschmarotzer" gebrandmarkt werden. — Gerlinde Pölsler, Der Falter, 1. Juli 2026

„Wer zahlt, wenn das Land kürzt? Die Menschen im Land zahlen dafür – mit ihren Möglichkeiten an Teilhabe, mit ihren Möglichkeiten zu wohnen, mit ihrem Leben. Die Problemlagen werden nur verschoben – und dabei nie kleiner, sondern größer." Walerich Berger, Vorsitzender des Interessenverbandes Sozialwirtschaft Steiermark am 8. Oktober 2026 in der Kronen Zeitung

Soll die menschliche Spezies weiterhin auf der Erde leben? Die Kombination aus kybernetischer Macht und globaler Aufrüstung veranlasst dazu, diese Frage ernsthaft zu stellen. Papst Leo XIV in seinem Buch *„Unbewaffnet und entwaffnend. Der Frieden ist ein Geschenk."*

Fast nirgendwo ist Vermögen so ungleich verteilt wie in Österreich.— Ökonomin Helene Schuberth, 22. August 2026

KLEIN, aber MIT BISS



Die EU ist vielleicht nicht so super wie ihre Werbefritzen sagen. Island hat jedenfalls Nein zu ihr gesagt.

Warum werden Energie- und Lebenserhaltungskosten imm

Schwere Belastun

Alles wird teurer – besonders jetzt, zum Start der Heizsaison, spüren das die Menschen. Heizöl kostet 60 Prozent mehr als im Vorjahr, Pellets sind um rund 30 Prozent teurer geworden und Gas etwa 12 Prozent. Für viele Haushalte wird es damit zur großen finanziellen Herausforderung, den Heizöltank für den Winter zu füllen, wenn das Einkommen kaum für die laufenden Ausgaben reicht.

In Österreich sind rund 1,07 Millionen Menschen beziehungsweise 544.800 Haushalte von Energiearmut betroffen. Das bedeutet, dass sie nicht genug Geld haben, um ihr Zuhause ausreichend zu heizen, Strom und Warmwasser zu bezahlen oder andere notwendige Energieausgaben zu decken.

Aufgrund der Teuerung verschlimmert sich die Lage zusehends: Auch Menschen, die Vollzeit arbeiten, geraten zunehmend unter finanziellen Druck. Hohe Energiekosten treiben nämlich auch die Lebensmittelkosten in die Höhe, weil sie die Herstellung und den Transport verteuern. Das wiederum treibt die Inflation in die Höhe. Die Folgen bekommen letztlich die Menschen in Österreich zu spüren, die ohnehin schon immer mehr für das tägliche Leben ausgeben müssen.

Die Ursachen der hohen Energiepreise

Ein wesentlicher Grund für die hohen Energiepreise sind die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Sie führen dazu, dass Öl und Gas knapper und damit teurer werden. Für die aktuellen Preissprünge ist vor allem der Angriff der USA auf den Iran verantwortlich. Dieser beeinträchtigt wichtige Lieferwege im persischen Golf und somit die Versorgung mit Öl und Gas.

Dazu kommen die Sanktionen gegen Russland, durch die deutlich weniger Gas und Erdöl in die EU geliefert wird – und das zu höheren Preisen. Die KPÖ hat wir von Anfang an davor gewarnt, dass die Sanktionen den Krieg nicht beenden werden und dass ihre Auswirkungen auch die Menschen in Österreich treffen werden. Russland verkauft weiterhin Energie an andere Länder wie China und Indien. In der EU ist man hingegen gezwungen, auf teurere Lieferanten auszuweichen.



Die Profiteure der Preissteigerungen

Die anhaltende Teuerung ist aber nicht nur eine Folge internationaler Krisen. Sie ist auch die Folge politischer Entscheidungen. Besonders auf Bundesebene fehlt es am politischen Willen, die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Während immer mehr Menschen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ausgeben müssen, profitieren Handels- und Energiekonzerne sowie Banken von den hohen Preisen.

Es darf also die Versorgung mit Energie nicht allein dem Markt überlassen werden. Zwar gibt es in Österreich staatliche Eingriffe in die Energiepreise,

Energie Steiermark vor Teilverkauf

Ende September wurde bekannt, dass die Energie Steiermark und FPÖ-Landeshauptmann Mario Kunasek planen, ein Viertel der Anteile am landeseigenen Unternehmen an einen privaten Investor zu übergeben. Kunasek ist Eigentümervertreter der Energie Steiermark, die aktuell noch zu 100 Prozent im Besitz des Landes ist. Über eine sogenannte Kapitalaufstockung sollen 25 Prozent an neuen Aktien gebildet werden, die dann zum Verkauf stehen.

Privatinvestor will Profite, nicht leistbaren Strom

Die KPÖ hatte lange Jahre Druck gemacht, damit das Land wieder in Vollbesitz der Anteile kommt, die zuvor ein australischer Finanzkonzern besaß. Nun will die Landesregierung wieder Aktien abstoßen und verliert damit auch an Einfluss. Der KPÖ-Landtagsklub befürchtet, dass damit der Spielraum kleiner wird, sich als Land für niedrigere Strompreise für die steirischen Haushalte einzusetzen. Besonders stutzig macht, dass die Landesregierung und die Geschäftsführung der Energie Steiermark dezidiert einen Finanzkonzern als Käufer haben wollen. „Einem Privatinvestor mit Profitinteresse liegt etwas an einer hohen Dividende. Ob der Strom für die Leute auch günstig ist, wird ihm egal sein", so KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz. Das Problem der steigenden Energiekosten wird durch diesen Schritt jedenfalls nicht gelöst werden.

ner teurer?

g durch Teuerung



doch diese reichen nicht aus, um Haushalte wirklich zu entlasten. Während viele Menschen unter den hohen Kosten leiden, erzielen Energiekonzerne weiterhin enorme Gewinne. Allein die neun österreichischen Landesenergieversorger erzielten seit 2022 rund 4,4 Milliarden Euro an Übergewinnen – davon waren es 107 Millionen Euro bei der Energie Steiermark im Jahr 2025.

Eine Lösung wären echte Preisdeckel für Energie und Treibstoffe, die Abschöpfung der Übergewinne, die Verstaatlichung der Energiekonzerne und höhere Löhne, damit sich alle Menschen ein warmes Zuhause leisten können.

Wohnbeihilfe für Mindestpensionist:innen sinkt

Trotz steigender Wohnkosten rund 100 Euro Minus – KPÖ fordert Reform.

Bereits im letzten Jahr haben FPÖ und ÖVP beschlossen, die jährliche Inflationsanpassung für die Wohnunterstützung abzuschaffen. Während die Kosten für Miete, Strom und Heizung weiter stark steigen, stagniert die Wohnbeihilfe. Das bedeutet real einen starken Wertverlust. Die Differenz zwischen den steigenden Wohnkosten und der gleichbleibenden Beihilfe müssen die Menschen zahlen.

Aber nicht nur das: Ausgerechnet Mindestpensionist:innen mussten heuer sogar eine Kürzung der Wohnunterstützung hinnehmen – um rund acht Euro im Monat, also rund hundert Euro im Jahr. Grund dafür sind die Einkommensregeln, die von der Landesregierung festgelegt wurden. Was auf den ersten Blick nicht viel erscheint, ist für alte Menschen mit niedriger Pension eine zusätzliche Belastung.

„Wenn die Kosten steigen und die Beihilfe gekürzt wird, spüren das die Leute direkt. Gerade kleine Freuden, wie dem Enkerl etwas zuzustecken, sind nicht mehr drin. Menschen, die hart gearbeitet und trotzdem wenig verdient haben, sollten sich auf das Land verlassen können – stattdessen werden sie im Stich gelassen“, kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz.

Die KPÖ forderte im Landtag eine Regelung, damit eine Kürzung der Unterstützung für Mindestpensionist:innen künftig ausgeschlossen wird. FPÖ und ÖVP lehnten dies ab.

KOMMENTAR



von Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Klubobfrau
im Landtag Steiermark

Masterplan Pflege: Nach acht Monaten immer noch kein Plan

Anfang Februar gingen hunderte Menschen auf die Straße, um gegen Kürzungen im Pflegebereich zu protestieren. Daraufhin kündigte die blau-schwarze Landesregierung einen „Masterplan Pflege“ an – inklusive regionaler Dialogveranstaltungen und einem Pflege-Gipfel im zweiten Halbjahr unter Beteiligung von Pflegekräften, Expert:innen und Gewerkschaft.

Acht Monate später ist allerdings noch immer nichts davon zu hören. Auch die Nachfrage beim zuständigen Landesrat Kornhäusl brachte keine neuen Erkenntnisse. Statt konkreter Antworten verwies er vielfach auf Informationen aus dem Frühjahr. Für mich ist damit klar: Beim angekündigten Masterplan Pflege scheint sich seit Monaten gar nichts getan zu haben. Vielleicht wird auch hinter verschlossenen Türen daran gearbeitet – obwohl volle Transparenz versprochen wurde. Oder die blau-schwarze Landesregierung macht einfach wieder das, was sie am besten kann: Große Ankündigungen, denen keine Taten folgen.

In der Pflege haben wir aber keine Zeit mehr zu verlieren. Die Beschäftigten arbeiten seit Jahren unter enormem Druck, Angehörige stoßen an ihre Grenzen und der Bedarf an guter, leistbarer Pflege wächst. Was es jetzt braucht, sind konkrete Maßnahmen, bessere Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal. Dafür werden wir weiter Druck machen – im Landtag und auf der Straße!

Warum sind eigentlich

Der Bund „spart“, das Land will „den Speck wegschneiden“ und schon jede zweite steirische Kommune ist eine „Abgangsgemeinde“. Aktuell gibt es kaum ein Budget, das nicht aus dem letzten Loch pfeift. Warum ist das so? Und wo ist das ganze Geld eigentlich hin?

„Ich will Ihnen nichts vormachen, die Zeiten sind ernst“, stellte SPÖ-Finanzminister Marterbauer im Juni in seiner Budgetrede fest. Fünf Milliarden Euro „Einsparungen“ in den nächsten zwei Jahren seien unumgänglich. Es klingt, als wäre eine Naturkatastrophe über das Land hereingebrochen. Tatsächlich steckt aber nicht höhere Gewalt hinter den Budgetlöchern auf allen Ebenen, sondern die neoliberale Wende der letzten Jahrzehnte.

Seit Jahrzehnten wird das Steuersystem in Österreich zugunsten der Superreichen und Großunternehmen umgebaut.

Milliarden-Geschenke für die Reichen

1994 wurde die Vermögenssteuer in Österreich abgeschafft – von einem SPÖ-Minister. Seither sind der Staatskasse mehr als 120 Milliarden Euro entgangen. Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung hat seine Vermögenswerte in derselben Zeit verfünffacht.

2008 lief die Erbschaftssteuer aus. 20 von 27 EU-Ländern besteuern große Erbschaften, Österreich nicht. Rund 1,8 Milliarden Euro im Jahr wären möglich – das allein deckt fast drei Viertel des aktuellen Sparpakets.

Auch die Körperschaftssteuer – die Gewinnsteuer für Konzerne



– wurde stark gesenkt: Waren es 1988 noch 55 Prozent, sind es heute gerade einmal 23 Prozent. Allein die letzte Steuersenkung der ÖVP-Grüne-Regierung kostet den Staat jedes Jahr über eine

#steiermarkretten: Neue Protestbewegung

Was passiert, wenn tausende Menschen gemeinsam aufstehen und sich gegen Kürzungen wehren, die ihr Leben direkt betreffen würden?

Vor 15 Jahren lieferte die „Plattform 25“ in der Steiermark eine eindrucksvolle Antwort: Mit Kampfgeist und Durchhaltevermögen ist eine breite Protestbewegung entstanden, die weit über die Landesgrenzen hinaus für Aufmerksamkeit sorgte und zeigte, dass Widerstand Wirkung zeigen kann.

15 Jahre später hat sich die Situation durch die aktuelle FPÖ/ÖVP-Regierung wieder massiv verschärft. Nach Kürzungen im Sozial-, Kultur-, Integrations-, Jugend-, Gesundheits-, Bildungs- und LGBTQIA+-Bereich steht mit dem neuen Budget fürs Jahr 2027 ein weiterer Kahlschlag ins Haus. In den vergangenen Monaten hat sich zunehmend Widerstand gegen die blau-schwarze Kürzungspolitik formiert.

Die neue Protestbewegung #steiermarkretten

Vertreter:innen zahlreicher steirischer Organisationen haben sich nun gemeinsam mit der KPÖ zusammengetan und die Initiative #steiermarkretten gegründet. Ihr Ziel ist es, die Auswirkungen der blau-schwarzen Kürzungspolitik öffentlich sichtbar zu machen und gemeinsam gegen weitere Einschnitte einzutreten. Ein erstes deutliches Zeichen setzte die Initiative Anfang Oktober bei der Präsentation des Landesbudgets: Mehr als 150 Personen versammelten sich vor dem Landhaus, um stellvertretend für die unterschiedlichsten betroffenen Bereiche gegen die geplanten Einsparungen von FPÖ und ÖVP zu protestieren.

Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Kürzungen in jenen Bereichen, die für das gesellschaftliche Leben in der Steiermark unverzichtbar sind – Spitäler, Musikschulen, Sportvereine, Kulturschaffende, soziale Einrichtungen, die Schulassistenz und vieles mehr. Viele von ihnen waren bereits in der Vergangenheit von „Einsparungen“ auf Landes- und Bundesebene betroffen und stehen zunehmend unter Druck. Daher bräuchte es aus Sicht der Organisationen gerade jetzt eine substanzielle Aufstockung der Mittel für die betroffenen Bereiche. Das Geld wäre ja vorhanden – Land und Bund müssten es nur fairer verteilen und entsprechende einnahmenseitige Maßnahmen setzen.

Bis zum Budgetlandtag und dem endgültigen Beschluss Mitte Dezember bleibt Zeit, um Druck aufzubauen und gegen die geplanten Kürzungen aufzustehen.



Kommende Wochen entscheiden

Die Plattform 25 vor 15 Jahren, aber auch die aktuell stattfindenden Proteste in vielen europäischen Ländern zeigen, dass breiter Widerstand viel bewegen und politische Entscheidungen beeinflussen kann.

alle pleite?

Milliarde Euro. All diese Steuergeschenke für die Reichsten im Land summieren sich auf mehr als 10 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist Geld, das überall sonst bitter fehlt – in der Pflege, im Bildungswesen, in den Spitälern, bei den Schulen, für leistbares Wohnen.

Für Aufrüstung ist Geld da

Nur eine Position wird von der allgemeinen Kürzungslogik ausgenommen: Das Militärbudget. Das wird im kommenden Jahr auf satte 5,15 Milliarden Euro steigen – mehr als doppelt so viel wie noch 2020. Dass jeder Euro, der für Panzer, Kampfjets und Sky-Shield-Raketen verheizt wird, in anderen Bereichen „eingespart" werden muss, liegt auf der Hand.

Wer zahlt die Zeche?

Die Rechnung für all diese politischen Entscheidungen muss am Ende natürlich jemand begleichen. Nur wer? Entweder holt man sich das Geld dort, wo es im Überfluss vorhanden ist – bei Millionenerben, Superreichen und den großen Konzernen. Oder man spart Spitäler, Kindergärten, den öffentlichen Verkehr, Pflegeeinrichtungen und das soziale Sicherheitsnetz weiter kaputt und wälzt die Belastungen auf die breite Masse ab.

Die Bevölkerung hat eine klare Präferenz: Laut einer aktuellen Umfrage des Peter-Hajek-Instituts befürworten 74 Prozent eine Millionärssteuer – und das quer durch alle Parteien. Selbst Wähler:innen von FPÖ, ÖVP und Neos – also jenen Parteien, die Millionärssteuern vehement verhindern – sind mehrheitlich dafür, die Reichen stärker zur Kasse zu bitten. Es ist höchste Zeit.

g gegen Kürzungen



Mit #steiermarkretten gibt es nun die Chance, Menschen und Organisationen über unterschiedliche Bereiche hinweg zusammenzubringen und gemeinsam ein starkes Zeichen zu setzen. Die ersten Schritte wurden gesetzt und die kommenden Wochen werden zeigen, wie viel sich gemeinsam erreichen lässt.

MEINUNG

SPARPOLITIK
Der Letzte macht das Licht aus?



KPÖ-LAbg. Alexander Melinz kritisiert die Landesregierung scharf.

Kaum ein Bereich ist momentan vor der blau-schwarzen Kürzungspolitik sicher. Musikschulen und Sportvereine, Jugendzentren und soziale Einrichtungen, Krankenhäuser und Kultur – überall drohen Angebote wegzufallen, die für die Menschen in der Steiermark über Jahrzehnte Normalität waren.

Was vom ÖVP-Finanzlandesrat ideologisch als „finanzielle Notwendigkeit" verkauft wird, müssen letztendlich die Steirerinnen und Steirer ausbaden. Es wird sich darin äußern, dass der Arbeitsdruck in den Spitälern wächst, worunter auch die Versorgung der Patient:innen leidet. Kinder werden kaum mehr Vereinssport machen können. Der Betrieb von Schwimmbädern wird für viele Gemeinden zu teuer. Ein Instrument kann bald nur noch lernen, wer lange Fahrzeiten auf sich nimmt. Gerade in den Regionen wird es immer weniger Stellen geben, an die sich Menschen bei Problemen wenden können.

Damit scheinen FPÖ und ÖVP offenbar kein Problem zu haben. Im Gegenteil, sie wollen in den nächsten Jahren den Kürzungskurs noch verschärfen. Wenn das so weitergeht, heißt es in der Steiermark irgendwann „Der Letzte macht das Licht aus".

Zum Glück lassen sich das immer mehr Menschen nicht einfach gefallen. Wir müssen dieser Landesregierung klar machen: Wir wollen eine bessere Zukunft für uns und die Kinder in der Steiermark, nicht eine Verschlechterung nach der anderen.

Kinderrechte: Weil jedes Kind zählt!

In der Steiermark kürzen FPÖ und ÖVP massiv bei sozialen Leistungen. Dadurch verlieren viele Familien mehrere hundert Euro pro Monat, obwohl das Leben ohnehin immer teurer wird. All das hat negative Auswirkungen auf das Leben vieler Kinder. Schon jetzt wachsen 19% aller Unter-14-jährigen in der Steiermark armutsgefährdet auf. Eine weitere erschreckende Zahl aus unserem Bundesland: 25% aller Kinder sind von Gewalt betroffen. Um den Kinderschutz zu verbessern, richtet die KPÖ gemeinsam mit Kinderland eine Petition an den Nationalrat. Sie können uns unterstützen: QR-Code Seite 1.

„Wir wollen nicht schon wieder umziehen“

Die Stadt Bruck an der Mur hat gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, einen Teil ihrer Gemeindewohnungen an private Investoren zu verkaufen. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch hat sich Anfang Oktober gemeinsam mit Aktivist:innen auf den Weg gemacht, um an alle 157 Türen der Wohnungen, die vom Verkauf betroffen sind, zu klopfen und die Menschen zu informieren.



Graz: Viele Gemeindewohnhäuser wie hier in der Raubergasse wurden saniert. FOTO: KPÖ GRAZ

Die meisten Bewohner:innen, die wir getroffen haben, wussten bereits, dass ihre Wohnung vom Verkauf betroffen ist. Was das bedeutet, war vielen aber noch nicht bewusst. Besonders ältere Mieter:innen haben Angst, umziehen zu müssen und sind verunsichert. Aussagen wie „Ich habe gehört, ein Investor kauft die Häuser, reißt sie ab und baut teure, moderne Wohnungen.“ oder „Ich wohne hier schon seit vielen Jahren, ich möchte nicht umziehen“, haben wir immer wieder gehört.

Viele hätten sich auch erwartet, dass die Gemeinde direkt Kontakt mit den Mieter:innen aufnimmt und nicht nur per Brief über den Verkauf informiert. Die Zusicherung der Gemeinde, dass die Wohnungen nicht teurer werden, glauben viele Menschen nicht. Einige haben mit privaten Vermietern bereits negative Erfahrungen gemacht, mussten beispielsweise umziehen, weil Vermieter notwendige Sanierungen verweigert haben.

„Wir lassen uns nichts gefallen”

Umso wichtiger war für uns, die Menschen über ihre Rechte zu informieren: Mietverträge bleiben aufrecht, niemand kann gezwungen werden, einen neuen Mietvertrag zu unterschreiben. Auch Sanierungskosten können nicht ohne Weiteres auf die Miete aufgeschlagen werden. Klar ist aber: Private Vermieter werden mit den Wohnungen der Brucker:innen Profit machen wollen und es wäre nicht das erste Mal, dass Investoren versuchen, den Mieterschutz zu umgehen. Darum ist Vorsicht und Wachsamkeit geboten. Wir haben den Mieter:innen geraten, sich im Zweifelsfall von der KPÖ oder der Arbeiterkammer beraten zu lassen.

In einem Haus haben wir drei Mieter:innen am Gang getroffen, für sie war klar: „Wir lassen uns nichts gefallen und uns sicher nicht aus dem Haus drängen.“ Die KPÖ wird den Mieter:innen weiter zur Seite stehen und sich gegen den Ausverkauf der Gemeindewohnungen stellen.

Der andere Weg: Graz

Gemeindewohnungen sind wesentlich, wenn es darum geht, leistbares Wohnen in einer Stadt zu ermöglichen. Wie das möglich ist, zeigt die Stadt Graz mit der kommunistischen Bürgermeisterin Elke Kahr: In ihrer Amtszeit wurden 500 neue Wohnungen gebaut und hunderte weitere saniert. Die Erhöhung der Mieten ist auf zwei Prozent gedeckelt, die Miete in Grazer Gemeindewohnungen liegt rund 40 Prozent unter dem Richtwert. Über eine Mietzinszuzahlung garantiert die Stadt Graz, dass niemand mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Miete seiner Gemeindewohnung ausgeben muss.

Während anderswo Gemeindewohnungen privatisiert werden und auch in Graz ÖVP, FPÖ oder NEOS saftige Erhöhungen der Mieten im Gemeindebau fordern, steht der von der KPÖ eingeschlagene Weg für sich: Graz gehört nach wie vor zu den Landeshauptstädten mit den niedrigsten Mietpreisen. Öffentlicher Wohnbau hat nämlich auch einen dämpfenden Einfluss auf die Mieten auf dem privaten Markt. Wer Gemeindewohnungen aufgibt, macht Wohnen für alle teurer!





Privatisierung verhindern! KPÖ Aktivisten im Einsatz: vlnr. Gemeinderat Josef Meszlenyi, Sebastian Pichler, Gemeinderat Jürgen Klösch.

Unverzichtbare Hilfe: Mädchen- und Fraueneinrichtungen stärken!

Der KPÖ-Landtagsklub besuchte in den vergangenen Monaten Frauen- und Mädcheneinrichtungen in der Steiermark. Thema waren ihre wichtigen Angebote, aber auch die wachsenden Herausforderungen.



KPÖ Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler macht die Arbeit von Fraueneinrichtungen sichtbar.

Frauen und Mädchen sind in vielen Lebensbereichen nach wie vor mit Ungleichheiten und strukturellen Benachteiligungen konfrontiert. In der Steiermark gibt es Frauen- und Mädchenberatungsstellen, die sich mit einer Vielzahl an Themen auseinandersetzen, die den Alltag von Frauen prägen. Dazu zählen finanzielle Unabhängigkeit, Armut und berufliche Perspektiven ebenso wie Trennung, Scheidung, Obsorge oder sexuelle Belästigung und Gewalt. Auch die Vereinbarkeit von Familie, Care-Arbeit und Beruf stellt viele Frauen vor große Herausforderungen. Die Einrichtungen bieten Betroffenen Beratung, Orientierung und Unterstützung. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention, sozialen Absicherung und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen.

Viele Einrichtungen stehen unter Druck

Im Austausch wurde deutlich, wie schwierig die Rahmenbedingungen für die Einrichtungen sind. Die Nachfrage an Beratung steigt, doch die vorhandenen Ressourcen reichen teilweise nicht aus, um allen Anfragen gerecht zu werden. Grund dafür ist hauptsächlich die unsichere Finanzierung seitens der blau-schwarzen Landesregierung. Späte Rückmeldungen bei Förderansuchen und befristete Projektförderungen erschweren die Personalplanung und gefährden langfristig die Arbeit der Einrichtungen. Werden öffentliche Mittel gekürzt, geraten die Anlaufstellen unter Druck und es wird für Frauen schwieriger, die Unterstützung zu bekommen, die sie benötigen.

Es besteht Handlungsbedarf

Die Besuche haben gezeigt, welch unverzichtbare Arbeit Frauen- und Mädchenberatungsstellen in der Steiermark leisten. Gerade bei finanziellen Sorgen, Gewalt oder schwierigen Lebensumständen brauchen Betroffene Unterstützung und Perspektiven. Die blau-schwarze Landesregierung muss daher zeigen, dass ihre Bekenntnisse zu Gleichberechtigung und Gewaltprävention mehr sind als leere Worte und für eine langfristige, bedarfsgerechte Finanzierung sorgen. Die KPÖ wird die Anliegen der Einrichtungen jedenfalls aufgreifen und konkrete Forderungen im Landtag einbringen.

KPÖ fordert Ausbau von Übergangswohnungen

KPÖ Lokalaugenschein zeigt: Die angespannte Situation bei Übergangswohnungen für gewaltbetroffene Frauen wird zunehmend zum Problem.

Übergangswohnungen bieten Frauen – mit oder ohne Kindern – einen geschützten Wohnraum für sechs bis maximal zwölf Monate. Seit Längerem übersteigt die Nachfrage das vorhandene Angebot deutlich. Die Folge sind lange Wartezeiten und gefährliche Lücken im Gewaltschutz, die im schlimmsten Fall lebensbedrohliche Folgen haben können. Ohne sicheren Platz sind Betroffene gezwungen, in gewaltvollen Verhältnissen zu verharren oder in die Obdachlosigkeit zu geraten. Zwar sind in der Steiermark derzeit 13 weitere Übergangswohnungen in Planung, ihre Umsetzung schreitet jedoch nur langsam voran. Der akute Bedarf lässt sich damit kurzfristig kaum decken.

Check-in bei JUFA Hotels

Um Frauen in Notsituationen rasch Schutz zu bieten, gibt es seit September das Pilotprojekt „Check-in“ in Kooperation mit den JUFA-Hotels. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, können kostenlos und anonym einchecken und erhalten ein Beratungsgespräch. Das Angebot ist ein wichtiger Schritt und wird bereits gut angenommen – es kann die dringend benötigten Übergangswohnungen jedoch nicht ersetzen, sondern lediglich eine ergänzende Anlaufstelle sein. Umso wichtiger sind ein rascher und umfassender Ausbau des Angebots, eine ausreichende Finanzierung und eine stärkere politische Priorisierung des Gewaltschutzes. Die KPÖ hat deshalb sowohl im Landtag als auch in mehreren steirischen Gemeinderäten Anträge für den Ausbau von Übergangswohnungen eingebracht. Denn jede Frau hat ein Recht auf ein gewaltfreies Leben!

Pensionen kosten zu viel? Die Wahrheit sieht anders aus!

Wenn es um Fragen der Zukunft des österreichischen Budgets geht, gibt es eine Standardantwort: Die Pensionen kosten zu viel. Dann wird auf die „Pensionskosten des Staates" verwiesen, die unter dieser fälschlichen Rubrik über 32 Milliarden Euro und damit über ein Viertel der Ausgaben des Bundes betragen. Tatsächlich fließt von diesen Ausgaben nur ein Teil, ca. ein Viertel, ins Pensionssystem der ASVG-Versicherten.



Einen großen Brocken – etwa ein Drittel – stellen die Ruhegenüsse der Beamten dar, der große Rest sind Sozialausgaben in Ergänzung zur Pensionsversicherung. Die von den Regierungspolitikern so genannten „zu teuren Pensionen" werden als Kampfbegriff derer verwendet, die das bewährte Umlagesystem der gesetzlichen Pensionsversicherung zugunsten privater Versicherungen madig machen wollen.

Die Regierung hat mit dem sogenannten „Nachhaltigkeitsmechanismus" beschlossen, dass – werden die geplanten Einsparungen von 7,5 Milliarden Euro bis 2030 nicht erreicht – Verschlechterungen im Pensionssystem gesetzlich vorgeschrieben werden: Zum Beispiel eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre oder darüber. Demgegenüber zeigen jedoch alle Untersuchungen der Alterssicherungskommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, dass das Pensionssystem auf der derzeitigen Grundlage auf lange Sicht stabil bleibt.

Höheres Pensionsantrittsalter heißt nicht automatisch geringere Pensionsausgaben

Erstaunlich ist, dass die Befürworter eines höheren Pensionsantrittsalters bisher keine konkreten Berechnungen zu den tatsächlichen Einsparungen vorlegen können. Weder die Alterssicherungskommission noch Wirtschaftsforschungsinstitute haben dazu eine seriöse wissenschaftliche Untersuchung veröffentlicht.

Da die Lebenserwartung nicht mehr so stark steigt wie früher, ist ein Einsparungseffekt für den Staatshaushalt fraglich. Zwar fließen durch längere Erwerbszeiten zunächst mehr Beiträge in die Pensionsversicherung, allerdings nicht im selben Ausmaß wie die verlängerte Arbeitszeit, denn ein erheblicher Teil der Menschen wird aus der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit oder dem Krankenstand in die Pension übertreten. Dadurch entstehen höhere Pensionen und zusätzliche Ausgaben für nicht gedeckte Versicherungszeiten.

Außerdem müsste der Staat den Beschäftigten im öffentlichen Dienst länger als bisher höhere Gehälter (Biennalsprünge) zahlen. Daraus resultieren dann wieder höhere Ruhegenüsse. Ob all das zu einem zumindest relativen Rückgang der Ausfallshaftung im ASVG oder der Pensionsfinanzierung im öffentlichen Dienst im Budget führt, ist zumindest offen.

Heizkostenzuschuss: Jetzt beantragen!

Ab sofort können Sie wieder den steirischen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 340 Euro beantragen. Das Formular können Sie in Ihrem Gemeinde- bzw. Stadtamt ausfüllen und einreichen.

Voraussetzungen:
- Hauptwohnsitz in der Steiermark seit mindestens fünf Jahren
- Hauptwohnsitz an der Antragsadresse spätestens seit 24. September 2026

Einkommensgrenzen:
- Ein-Personen-Haushalt: 1.827 Euro
- Ehepaar bzw. Haushaltsgemeinschaft: 2.741 Euro
- zusätzlich pro Kind: 548 Euro

Achtung: Personen, die im Zeitraum vom 1. Oktober 2026 bis 31. März 2027 Wohnunterstützung beziehen, können keinen Heizkostenzuschuss beziehen. An dieser schlechten Regelung halten FPÖ und ÖVP bedauerlicherweise fest.

Unterlagen, die aufs Amt mitzubringen sind:
- Meldebestätigungen aller im Haushalt lebenden Personen
- Einkommensnachweise aller im Haushalt gemeldeten Personen (aktueller Lohnzettel, Jahreslohnzettel der Pension, Bestätigung des AMS, Einkommensteuerbescheide, etc.)
- Nachweis der Heizkosten samt Zahlungsbeleg – die Rechnung muss auf eine Person im Haushalt lauten und von dieser Person bezahlt worden sein.

Bei Fragen können Sie sich an das Sozialservice des Landes per 0800/20 10 10 bzw. gerne auch an unseren KPÖ-Landtagsklub unter 0316/877-5104 wenden.

Die Steiermark spricht



FPÖ und ÖVP haben kürzlich ihr Landesbudget 2027 präsentiert. Unter anderem kürzt die rechte Regierung massiv bei den Musikschulen, die täglich rund 25.000 Schüler:innen unterrichten, und belastet damit die Gemeinden weiter. In den sozialen Medien wurde hitzig diskutiert.

Eines Besseren belehrt

Das ist FPÖ-Politik. Jeder, der vor der Wahl etwas anderes geglaubt hat, wird nun eines Besseren belehrt.

Andreas K., Facebook

★

Fürchterliche Bande

Aber so heimatverbunden und stolz auf unsere Kultur sind sie, die Blauen… Aber wenn's dann darum geht, den jungen Musikerinnen und Musikern den Zugang zu Musik zu ermöglichen, gibts nix! Eine fürchterliche Bande.

Dietmar L., Facebook

★

Sie haben keine Ahnung

Vereine, die gerade Kindern ein sinnvolles Umfeld bieten, sollten nicht bestraft werden. Musik kann viel mehr für jemanden sein, als nur ein Instrument zu lernen. Immer mehr wird an den falschen Stellen gespart und meistens von den Personen beschlossen, die in diesen Bereichen keine Ahnung haben.

Kerstin F., Facebook

★

Sparen, sparen, sparen

Weil eine FPÖ-ÖVP-Regierung nur eine Methode kennt, wenn es ums Budgetsanieren geht: Sparen. Aber natürlich nur dort, wo es ihnen und ihren Förderern nicht weh tut. Man könnte, statt immer nur zu beschneiden, auch mal schauen, wo man mehr einnehmen könnte. Tun sie aber nicht.

Tommy B., Facebook

★

Reiche zur Kasse

Keine Partei, die grundsätzlich gegen Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer ist, wird an der Situation bei Bildung, Kultur und Sozialem etwas ändern können. So einfach ist das.

Hannes B., Facebook

★

Kurzsichtige Ignoranz

Kunst, Musik und Kultur sind das, was die Gesellschaft zusammenhält. Kindern Musik beizubringen, stärkt die Disziplin, lehrt Teamarbeit, fördert Kreativität und weckt Empathie. Es ist grobe Fahrlässigkeit, die Mittel für Bildung zu kürzen.

Ed P., Facebook

★

Grauenhaft

Aber wie gewählt, so bekommen. Bei Gesundheit, Sozialem, Bildung und Kultur wird massiv eingespart. Spannende Entwicklungen…

Son N., Instagram

★

Wo sparen?

Die musikalische Ausbildung der Kinder wird als erstes geopfert, sehr schade. Es gäbe genug andere Sparpotenziale, z.B. bei den Politikergehältern.

Ewald G., Facebook

Qualitätsreduktion

30 Millionen Einsparung bei den Spitälern, „ohne Standortschließung". Das heißt, die Qualität wird generell reduziert.

Michael B., Facebook

★

Für wessen Interessen?

Wer bei einem Budget immer nur über Kürzungen spricht, ignoriert die Einnahmenseite. Man könnte schließlich auch dort ansetzen, aber dafür müsste man sich mit jenen anlegen, deren Interessen man offenbar lieber schont.

Simon S., Instagram

★

Versprechen gebrochen

Und wieder einmal beweist es sich: Die von vielen erhofften Veränderungen durch eine FPÖ-Regierung treten NICHT ein! Ganz im Gegenteil, es wird sogar noch schlimmer. Und die Ausrede, dass den Schaden andere vorher schon angerichtet hätten, kann auch niemand mehr hören.

Daniel G., Facebook

★

Kahlschlag

30 Millionen Euro weniger für Spitäler bedeutet einen Kahlschlag im Gesundheitsbereich. Der nächste Schritt wird sein, dass Angehörige den Patienten im Spital selbst betreuen müssen und vielleicht auch das Essen von zu Hause mitbringen müssen. Danke, liebe Landesregierung.

Karl F., Facebook

Auch die massiven Einschnitte im Gesundheitsbereich haben online für große Debatten gesorgt. Im letzten Wahlkampf hat die FPÖ „keine weitere Ausdünnung der Gesundheitsversorgung" versprochen. Jetzt kürzt sie den Spitälern 30 Millionen Euro pro Jahr.



Nicht so wichtig?

Spitäler sollen sparen – soso! Gesundheit ist ja nicht so wichtig.

Erich G., Facebook

Eine Frage der Prioritäten

Und wann wird bei den Politikern eingespart?

Marie K., Facebook

★

Wir ziehen nicht in ihren Krieg!

Europa rüstet auf. 800 Milliarden will die EU in Aufrüstung stecken und Österreich macht mit. So hat sich das jährliche Militärbudget im Vergleich zu 2020 bereits verdoppelt und soll noch deutlich steigen. Dazu kommen Rüstungsgüter wie neue Kampfflugzeuge um 10 Milliarden Euro und die Beteiligung am Luftverteidigungsbündnis Skyshield, die sechs Milliarden kosten soll.



Wo fehlen die Milliarden?

Unsere Region bräuchte Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung, in die Industrie, Bildung, Verkehr und nicht zuletzt in Klimaschutzmaßnahmen. Das wurde besonders im heurigen Sommer deutlich. Temperaturen an die 40 Grad werden im Sommer normal werden. Unsere Städte, Schulen, Spitäler, Altenheime und Wohnhäuser sind darauf nicht vorbereitet. Wenn wir hier investieren, können wir Arbeitsplätze schaffen und unser Leben verbessern. Auch beim Bundesheer wäre das Geld besser im Katastrophenschutz aufgehoben. Starkwetterereignisse werden aufgrund des fortschreitenden Klimawandels mehr. Wir müssen uns darauf vorbereiten.

Neutralität unter Beschuss

Die österreichische Neutralität wird immer weiter aufgeweicht und hat an Glaubwürdigkeit verloren. Im Falle eines Krieges wäre die Steiermark als Skyshield- und potentieller NATO-Stützpunkt ein Ziel. Aufrüstung kann uns keine Sicherheit bringen, das kann nur eine Politik, die den Frieden sichert.

FRIEDEN *und Neutralität!*



Die Gewinnerinnen und Gewinner unseres Fotowettbewerbs

In der Sommerausgabe der Volksstimme haben wir dazu aufgerufen, uns Ihr „Sommer-Lieblingsplatzerl" in der Steiermark zu schicken. Uns haben eine Vielzahl an Fotos erreicht und es war schwierig, sich für die besten fünf zu entscheiden.

In diesem Sinne gratulieren wir Maria Bucher, Elisabeth Baumgartner, Manuela Painsi, Christian Hain und Marianne Schickhofer.



Manuela Painsi spaziert gerne in St. Martin im Sulmtal, um Kraft zu tanken.



Elisabeth Baumgartner genießt in ihrer Laube im eigenen Garten in St. Marein den Sommer.





Christian Hain hat das wunderbare Bergpanorama im Ausseerland am frühen Morgen festgehalten.

Bei akuter Gefahr

1.) Rufen Sie die **Polizei** unter **133**.

2.) Klingeln Sie unten **beim Hauseingang** bei der betreffenden Wohnung **an**, um die Gewalt zu unterbrechen.

Wichtig: Achten Sie immer auf Ihre **eigene Sicherheit** und holen Sie ggf. andere **Nachbar:innen** mit dazu.

Telefonnummern

Gewaltschutz-Hilfetelefon:
0800/20 44 22

Frauenhäuser:
0800/20 20 17

Gewaltschutzzentrum:
0316/77 41 99

Männerinfo:
0800/400 777

Rat auf Draht für Kinder und Jugendliche:
147

Gewalt gegen Frauen ...

...ist auch in der Steiermark ein riesiges Problem. Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens häusliche und/oder sexualisierte Gewalt. Um darauf aufmerksam zu machen, finden auch heuer wieder vom 25. November bis zum 10. Dezember die „16 Tage gegen Gewalt an Frauen" statt. Die KPÖ wird im Zuge dessen Plakate mit den Notrufnummern in Stiegenhäusern, Gebäuden und öffentlichen Orten in Wohnhäusern anbringen. Für von Gewalt betroffenen Frauen kann ein niederschwelliger Zugang zu Hilfsangeboten überlebenswichtig sein.



Die Mariazeller Linde in St. Lambrecht von Maria Bucher

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Jakob Matscheko. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/877-5102. Fax 0316/877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock, Unsplash, pixabay
E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

STEIRISCHE Volksstimme

Offenlegung: Die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des Sozialsystems und gegen Privatisierung von Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

produziert gemäß Richtlinie Uz24 des Österreichischen Umweltzeichens, Druck Styria GmbH & Co KG, UW-Nr. UZ24-1417

Was uns ein- und auffällt...

...dass das österreichische **Militärbudget 2027** auf **5,15 Milliarden Euro** wachsen wird, was fast doppelt so viel wie noch 2020 ist, während überall sonst „ganz dringend gespart werden muss".

★

...dass ÖVP-Gesundheitslandesrat **Kornhäusl** im Februar nach großen Protesten einen **„Masterplan Pflege"** angekündigt hat, bis heute aber **nicht eine Zeile davon geschrieben** ist.

★

...dass die **FPÖ** im Wahlkampf groß versprochen hat, keine Spitäler zu schließen, das **LKH Bad Aussee** aber de facto abgewickelt hat und nächstes Jahr weitere **30 Millionen Euro im Spitalswesen kürzen** will.

★

...dass hierzulande **500 Superreiche satte 39 Prozent des gesamten Finanzvermögens** besitzen, was Österreich zu einem der EU-Staaten mit der ungerechtesten Vermögensverteilung macht.

★

...dass die **Inflation** bei mehr als **3 Prozent** liegt, die **Metaller** ab November aber nur um **1,9 Prozent** mehr Ist-Lohn bekommen – und damit den nächsten Reallohnverlust einstecken müssen.

★

...dass im **Gazastreifen** seit einem Jahr offiziell **„Waffenruhe"** gilt, Israel seither aber mehr als **1.500 weitere Palästinenser:innen ermordet** hat – was Außenministerin Meinl-Reisinger nicht davon abhält, sich weiterhin als „Freundin Israels" zu bezeichnen.

★

...dass die Bundesregierung eine **Paketsteuer** eingeführt hat und damit Millionen Menschen belastet, anstatt endlich die paar hundert Superreichen im Land zur Kasse zu bitten.

★

...dass die 20 **ATX-Konzerne** ihre Gewinne heuer auf 12,3 Milliarden Euro erhöht und unglaubliche **5,6 Milliarden Euro an Aktionäre ausgeschüttet** haben, während die Beschäftigten – also die, die dieses Geld erarbeitet haben – „den Gürtel enger schnallen" sollen.

★

...dass in der Steiermark **jedes fünfte Kind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet** ist und die blau-schwarze Landesregierung ausgerechnet bei der Sozialhilfe den Rotstift ansetzt.

★

...dass die Landesregierung die Zukunft der steirischen Industrie im **„Security and Defense"**-Bereich sieht – also der **Produktion von Waffen und Kriegsgeräten**.

★

...dass **große Konzerne** in Österreich nur noch **23 Prozent Steuer** auf ihre Gewinne zahlen, ein durchschnittlicher **Arbeiter** aber mehr als **31 Prozent** von seinem Lohn abgezogen bekommt.

★

...dass die **mittlere Frauenpension** in Österreich **unter der Armutsgefährdungsschwelle** liegt – in einem der nach eigener Propaganda reichsten Länder der Erde – ist das eine Schande.

★

...dass die **Mieten in der Steiermark** allein heuer um durchschnittlich **14 Prozent angehoben** wurden – trauriger Österreich-Rekord.

★

...dass die **SPÖ** in Sonntagsreden gerne von **leistbarem Wohnen** redet, im obersteirischen **Judenburg** aber **alle 530 Gemeindewohnungen verscherbeln** will.

Sudoku-Rätsel

leicht

3	9			8		5		
				6	7	8		
		8				4		9
			8				3	
9	4	7	5					
	8		4			9		
6				4	5			8
					1		2	
5	3	9						6

schwer

2					3		6	7
			5					
		3		6				
				2	9		7	
		8			7	2	4	
	3					1		
			9			7		5
	1			3	2			
	8	6						



„Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen", sagte Herr Wirr, *„ich will keine Zeitungen."*
Herr Keuner sagte: *„Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: **Ich will andere Zeitungen.**"*
— Bertolt Brecht

STEIRISCHE VOLKSSTIMME: JETZT GRATIS ABONNIEREN!

www.kpoe-steiermark.at/abo → Jetzt bestellen und 4x jährlich kostenlos zugeschickt bekommen!